

„GLÄSERNER ABGEORDNETER“

ABGEORDNETENENTSCHÄDIGUNG: Die zu versteuernde Abgeordnetenentschädigung beträgt 7.646,99 Euro monatlich (brutto). Nebeneinkünfte habe ich nicht. Weihnachts- oder Urlaubsgeld erhalten Bundestagsabgeordnete nicht. Mein Einkommen nach Abzug von Steuern und Abgaben liegt bei ca. 57.000 Euro im Jahr.

KOSTENPAUSCHALE: Für mandatsbezogene Ausgaben erhalten Abgeordnete eine Kostenpauschale in Höhe von 3.782 Euro monatlich. Diese Pauschale ist umstritten, auch weil wir die tatsächlichen Ausgaben nicht belegen müssen. Ich teile diese Kritik. Ich verwende die gesamte Kostenpauschale für mandatsbezogene Ausgaben. Im Jahr 2008 habe ich dafür 45.084 Euro erhalten und 51.467 Euro ausgegeben, nämlich:

- 13.185 Euro für Beiträge (z.B. Partei, Denkfabrik in der SPD, Parlamentarische Linke in der SPD, SPD-Landesgruppe)
- 3.985 Euro für Spenden
- 10.359 Euro für das Wahlkreisbüro in Rendsburg (Miete, Nebenkosten)
- 5.204 Euro für Porto, Büromaterial, das nicht vom Deutschen Bundestag gestellt wird
- 6.000 Euro für meine Wohnung in Berlin
- 8.830 Euro für Mobilität und weitere Auslagen, wenn ich im Wahlkreis und bundesweit als Abgeordneter unterwegs bin
- 3.094 Euro für Tagungen und Veranstaltungen
- 710 Euro für Zeitungen

MITARBEITERPAUSCHALE: Für Mitarbeiter stehen mir monatlich rund 14.312 Euro zur Verfügung. Diese Summe erhalte ich nicht selbst, die Bundestagsverwaltung bezahlt daraus die von mir eingestellten Mitarbeiter unmittelbar. Ich beschäftige in Berlin Anne-Katrin Fischer und Stephan Borghorst, im Wahlkreis Birgit Koch, Götz Borchert und Jörg Hamer.

DIÄTENERHÖHUNG: Mit meinen schleswig-holsteinischen Kolleginnen und Kollegen in der SPD-Fraktion habe ich im Frühjahr 2008 gegen die geplante Erhöhung der Diäten gestimmt. Nicht, weil ich die Diäten für zu hoch halte, sondern weil ich es nicht für vermittelbar halte, dass es ohne eine grundlegende Reform der Altersversorgung der Bundestagsabgeordneten eine weitere Erhöhung gibt.

MEIN ABSTIMMUNGSVERHALTEN 2008

Artikel 38 des Grundgesetzes regelt, dass Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes, nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Tatsächlich wird aber erwartet, dass wir Abgeordneten uns an den Mehrheitsbeschlüssen unserer Fraktion orientieren.

Diese Erwartung konnte ich in der laufenden Legislaturperiode nicht immer erfüllen. Es gab Abstimmungen, da hätte ich, wenn ich mit der Mehrheit der Koalition und der SPD gestimmt hätte, meine eigenen ethischen und moralischen Positionen über den Haufen geworfen. Ich möchte Ihnen an einigen Problemfeldern mein Abstimmungsverhalten kurz erläutern.

STAMMZELLEGESETZ: Aus der Sicht mehrerer Abgeordneter warf die Änderung des Stammzellgesetzes viele ethische und moralische Fragen auf. Daher gab es zu dieser Abstimmung keinen Fraktionszwang. Ich habe jedoch mit der Mehrheit meiner Fraktion zugestimmt, da ich die einmalige Verschiebung des Stichtags zur embryonalen Stammzellenforschung für sinnvoll halte. Diese soll Forschern den Zugang zu neueren Zell-Linien ermöglichen. Gleichzeitig bleibt in Deutschland die Gewinnung embryonaler Stammzellen oder eine Erzeugung von Embryonen zu diesem Zweck verboten.

INNERE SICHERHEIT / BÜRGERRECHTE: Ein hohes Gut unseres Staates ist die informationelle Selbstbestimmung. Jeder Bürger hat ein Recht darauf, dass der Staat nicht alles von ihm weiß. Den Gesetzen, die darauf abzielten, die Bürgerrechte einzuschränken, habe ich überwiegend nicht zugestimmt. Darunter z.B. dem BKA-Gesetz. Meiner Meinung nach muss der Zweck eines Gesetzes auch die Einschränkung der Bürgerrechte rechtfertigen. Dies konnte ich bei der Vorratsdatenspeicherung nicht feststellen.

AFGHANISTAN-EINSÄTZE DER BUNDESWEHR: Der Verlängerung des OEF-Mandats habe ich nicht zugestimmt, da ich es für völkerrechtlich nicht einwandfrei halte. Wachsende Zweifel habe ich auch an den ISAF-Einsätzen, die hauptsächlich im Norden Afghanistans stattfinden. Nach meiner Auffassung fehlt für das Vorgehen in Afghanistan ein schlüssiges Konzept.

Sönke Rix

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



Sönke Rix, MdB

Rechenschaftsbericht 2008

Wahlkreis: Nienstadtstr. 10 • 24768 Rendsburg
Tel. 04331-8685765 • Fax 04331-8685745
soenke.rix@wk.bundestag.de
Berlin: Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel. 030-227-77270 • Fax 030-227-76270
soenke.rix@bundestag.de
www.soenke-rix.de



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

im September 2005 bin ich über die Landesliste der schleswig-holsteinischen SPD in den Deutschen Bundestag eingezogen. Für die kommende Bundestagswahl am 27. September 2009 hat mich mein SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde erneut zum Kandidaten aufgestellt.

Sie halten meinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 2008 in Händen, den ich in regelmäßigen Abständen vorlege und den Sie auch auf meiner Internet-Seite www.soenke-rix.de finden können.

Darin verbreite ich nicht meine Ansichten zu allen möglichen Politikfeldern, sondern lege kurze Rechenschaft über meine persönliche Bilanz, über die Schwerpunkte meiner Arbeit in Berlin, über mein Abstimmungsverhalten in wichtigen politischen Fragen und über meine Wahlkreisarbeit ab.

Ich hoffe, meine Politik wird dadurch für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und transparent .

Herzliche Grüße
Ihr

MEINE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

Ich bin Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Dies war auch mein Wunsch-Ausschuss, denn hier kann ich meine Erfahrungen als staatlich geprüfter Erzieher am besten einbringen. Als Mitglied dieses Ausschusses war ich beteiligt an der Gesetzgebung zum Elterngeld, dem Krippenplatzausbau, der Kindergeldhöhung und der Erhöhung des Kinderzuschlags.

Wegen der großen Themenvielfalt in meinem Ausschuss kann nicht jede und jeder Abgeordnete über sämtliche Themen umfassend Bescheid wissen. In der für diesen Ausschuss zuständigen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion haben wir deshalb Zuständigkeiten an die einzelnen Mitglieder der AG verteilt. Ich bin Berichterstatter für folgende Themen:

- Zivildienst
- Freiwilligendienste
- Bürgerschaftliches Engagement
- Rechtsextremismus
- Beteiligung und Partizipation
- EU-Jugendpolitik

In diesen Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion bin ich Mitglied:

- Bürgerschaftliches Engagement
- Migration
- Rechtsextremismus
- Kommunalpolitik
- Menschen mit Behinderungen

Als Berichterstatter für Freiwilligendienste und den Zivildienst habe ich an Gesetzen mitgewirkt, die die Rahmenbedingungen für junge und engagierte Freiwillige sowie für Zivildienstleistende verbessern.

Außerdem setze ich mich dafür ein, dass die guten Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus Geld vom Bund erhalten. Wie nötig dieses Engagement ist, zeigen immer wieder Studien und Befragungen. Gerade Jugendliche sind danach zunehmend durch fremdenfeindliches, intolerantes und rassistisches Gedankengut zu beeinflussen. Jeder Euro im Kampf gegen Rechtsextremismus ist ein Euro für die Zukunft der Demokratie.

MEINE WAHLKREISARBEIT

INFORMATIONEN: In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch alle 14 Tage, verschicke ich per E-Mail meinen „Bericht aus Berlin“ an alle Interessierten. Darin greife ich aktuelle politische Fragen auf, stelle meine persönliche Meinung dazu dar oder erkläre mein Abstimmungsverhalten bei Abstimmungen im Deutschen Bundestag. Weitere Informationen zu Inhalten unserer Politik, zu meinen Positionen, aber auch zu meinen Terminen finden Sie auf meiner Internet-Seite: www.soenke-rix.de.

WAHLKREISBÜRO: In meinem Büro in der Nienstadtstraße in Rendsburg arbeiten meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ich biete Bürgersprechstunden an, die Rendsburger SPD und der SPD-Kreisverband haben sich ebenfalls dort eingemietet.

BESUCHERGRUPPEN: Ich habe allein 2008 50 Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis in Berlin getroffen, um ihnen die Politik und meine Arbeit nahezubringen: Schulklassen, Ortsvereine, Schornsteinfeger, Gilden, Jugendfeuerwehren, den Sozialverband, usw. usf. und natürlich die BPA-Gruppen, zwei 50-köpfige Gruppen pro Jahr, die an drei Tagen den Politikbetrieb in Berlin kennenlernen können.

VERANSTALTUNGEN/TERMINE: Wenn ich nicht zu einer der ca. 22 Sitzungswochen in Berlin bin, „bereise“ ich den Wahlkreis mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Terminen. Dazu zählen eigene themenbezogene Veranstaltungen („Fraktion vor Ort“), Ortsvereinsrunden und Besuche in Gemeinden, Betrieben, Einrichtungen, bei den Gewerkschaften und anderen Organisationen.

